

Politikwahrnehmung in der Mittelschicht in NRW

**Bericht nach zur der Studie
für die Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen**

**In Zusammenarbeit mit der
AG PARTEIEN- UND POLITI-
SCHE KULTURFORSCHUNG der
Universität Göttingen**

**Mannheim und Göttingen im
Juli 2010**

Inhalt

1. Studienrahmen	3
2. Der Hintergrund: Deutschland verändert sich.....	3
3. Die Rolle der Politik.....	9
4. Wichtige politische Themen.....	10
4.1 Bildung.....	10
4.2. Umwelt: Alternative Energien und ihre Bedeutung	13
4.3. Die Finanzkrise.....	15
4.4. Andere Themen.....	17
5. Bürgerschaftliches Engagement.....	19
6. Die Wahrnehmung der Landespolitik	20
7. Die Landtagswahl 2010.....	23
8. Politikwahrnehmung in der Mittelschicht: Fazit und Ausblick	25

1. Studienrahmen

Im Auftrag der Staatskanzlei Nordrhein Westfalen haben wir in Zusammenarbeit mit der AG Parteien- und politische Kulturforschung der Universität Göttingen eine qualitative Studie über die Politikwahrnehmung der Mittelschicht in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Sie schließt an eine Studie vom Dezember 2008 an, in der die Politikwahrnehmung des unteren Drittels der Bevölkerung in NRW untersucht wurde.

Die Feldarbeit wurde in zwei Wellen durchgeführt. In der ersten Welle fanden je zwei Gruppendiskussionen am 14.12.2008 in Bielefeld und am 15.12.2008 in Köln statt. Die Gruppendiskussionen der zweiten Welle fanden am 11. Mai (2 Gruppen in Bielefeld) und 12. Mai 2010 (zwei Gruppen in Köln) statt. Alle Gruppendiskussionen dauerten jeweils rund 2,5 Stunden. Die Teilnehmer wurden entlang von Vorgaben zur sozialen Lage (Einkommen des Haushalts, Bildung), zu soziodemografischen Kriterien (Alter, Geschlecht, Berufstätigkeit) und nach Zugehörigkeit zu sozialen Milieus rekrutiert.

Mit acht Gruppen und insgesamt 64 Teilnehmern ist die Basis ähnlich breit wie die der Vorgängerstudie.

2. Der Hintergrund: Deutschland verändert sich

Deutschland ist im Wandel: Seine Situation in der Welt, seine Wirtschaft, seine Gesellschaft und die Lebensumstände vieler Menschen. Diese Erkenntnis ist bis weit in die Mitte vorgedrungen. Die Tatsache des Wandels wird klar und unbestritten konstatiert. Und dennoch überfordert sein Ausmaß die meisten noch immer. Man kann ihn nicht in seiner ganzen Komplexität und Reichweite erfassen und verstehen.

Wohl aber hat jeder seine Beobachtungen und Erfahrungen. Vor Jahren noch abstrakt und fern, klopft er nun unüberhörbar an die eigene Tür. Viele Aspekte des Wandels werden benannt und beschrieben. Stück für Stück lassen sich deshalb wichtige Hintergründe, Ursachen und Folgen zusammentragen.

- Die Globalisierung und die aufstrebenden Schwellenländer (für die immer wieder China als Milliardenvolk steht) verändern die Rolle Deutschlands und relativieren seine Bedeutung. Wir werden unseren Platz in der Welt mehr denn je teilen müssen. Wir werden abhängig von ihrer Nachfragemacht und müssen ihre Angebotsmacht (Beispiel: billige Arbeitskräfte, billige Produkte) als Tatsache zur Kenntnis

nehmen. Wir werden also abgeben müssen. Nicht weil es ein ethisches Gebot der Entwicklungshilfe gäbe (das war früher), sondern weil andere stärker werden und sich nehmen, was sie bekommen können.

- Auch die Umwelt zeigt uns die Grenzen auf. Das Gespenst des Klimawandels steht als Menetekel für die existenzielle Bedrohung und die Zusammenbruch und Anarchie stiftende Macht der Umweltkatastrophen von globalen Ausmaßen. Wir müssen darauf reagieren. Das bedeutet Belastung, aber für uns Deutsche auch Chance.
- Der demografische Wandel und seine Folgen sind ebenfalls weit in das Bewusstsein der Mitte vorgedrungen. Wir werden als Gesellschaft zu alt und das gilt als Problem. Wir werden in Zukunft eher weniger zu verteilen, aber mehr Bedürftige haben. Die Konsequenzen für die heutigen Alten sind begrenzt, aber schon die nächste Generation der Rentner wird mit den Folgen leben müssen, darin besteht Einigkeit. Für die dann folgenden Generationen, die jetzt noch Jüngeren und die heutigen und künftigen Kinder aber ist die Prognose zunehmend düster.

Diese Themen sind nicht neu, aber sie gewinnen zunehmend an *erfahrbarer* Bedeutung. Sie ergänzen und verstärken sich, werden zu einem dichten Gestrüpp der Bedrohung. Sie sind nicht mehr nur Prognose oder abstrakte Warnung, sondern dringen in die Gegenwart vor und entfalten ihre Wirkung bis in den Alltag hinein. Ihre Auswirkungen machen Angst. Man spürt, wie nah sie der eigenen Lebenswelt kommen und wie sehr sie die Grundlagen verändern, auf denen man sein Leben aufbaut. Ohne Zweifel sind die fetten Jahre vorbei, es geht abwärts. Es gibt nicht mehr, sondern weniger zu verteilen. Die Folgen liegen auf der Hand:

- Zunächst weicht die Sicherheit und relative Ausgeglichenheit (Balance) der alten Bundesrepublik einer **Gegenwart und Zukunft in Unsicherheit**. Man ist sich bewusst, dass bis auf weiteres niemand mehr die Sicherheit versprechen kann, auf die man früher vertrauen konnte. Das gefällt keinem.

Für **die Älteren** ist diese Erkenntnis ein schwerer Schlag. Ihr politischer und gesellschaftlicher Orientierungspunkt ist eine ganz andere Welt: Die gute alte Bundesrepublik der geordneten und gesicherten Verhältnisse, in der man sein Bestes gab, sich anstrengte, sein Leben ordentlich führte und dafür Sicherheit erntete. Sie müssen nun erleben und verkraften, dass diese Welt zerbricht und anscheinend niemand etwas dagegen tun kann. Zwar fühlen sie sich umso weniger direkt bedroht, je älter sie sind, aber auch die Älteren wissen, dass ihre Kinder und Enkel anders werden leben müssen. Auch das tut weh, zumal sie deren Anpassungsbedarf aus ihrer Erfahrung eines vergangenen Lebens in Gewissheiten heraus

bemessen.

Dagegen sind gerade die ganz **Jungen unter 30** die Krise als Dauerzustand und die Auswirkungen des Wandels schon viel stärker gewöhnt. Viele haben verstanden, dass sie die Sicherheiten, an die sich ihre Eltern und Großeltern gewöhnt hatten, selbst nicht mehr haben werden.

Sie haben ihre Erwartungen schon anders formuliert, z.T. auch deutlich reduziert. Die Idee des lebenslänglichen Jobs spielt keine Rolle mehr. Man weiß, dass sich alles auch wieder ändern kann. Statt „Lebensplanung“ ist adaptive Navigation angesagt. Wer weiß schon, was morgen ist. Das finden sie meistens nicht gut, aber sie betrachten es bereits als eine Tatsache. Folglich sprühen sie nicht vor Zukunftsoptimismus, vermitteln aber doch ehrlich gemeinte Zuversicht, zumindest Zweckoptimismus und den Eindruck, dass sie sich zutrauen, die Probleme zu meistern. Dabei hilft so manchem eine den Umständen entsprechende Eingrenzung der Perspektive: Gerade in solchen Zeiten ist es eben ein Glück, nur für sich verantwortlich zu sein. Eine Familiengründung kommt unter diesen Bedingungen eben eher nicht in Frage.

- Allerdings ist gerade dieses Thema, die **Familie**, ein wunder Punkt. Unübersehbar ist, dass Alte wie Junge die Familie als wichtigste Basiseinheit des sozialen Lebens betrachten. Man hat sich zwar an die Realität scheiternder Ehen, Kinderlosigkeit vieler oder Konzepten wie der Lebensabschnittspartnerschaft gewöhnt, aber der Traum von der Familie und ihre Funktion für das persönliche Glück sind weiter zentrale Orientierungspunkte und Gegenstand großer Sehnsüchte. Umso schlimmer ist es, wenn die Umstände immer mehr dagegen zu stehen scheinen. Zum einen beobachtet man mit Erstaunen, dass Kinder auch mit Ende 20 noch zu Hause wohnen, weil sie nicht das Gefühl haben, auf eigenen Füßen stehen zu können und keine eigene Familie gründen. Zum anderen wird festgehalten, dass Familie schließlich mehr ist als nur die Kleinfamilie. Gerade in Zeiten, in denen man womöglich noch enger wird zusammenrücken müssen, geht es den Älteren auch um die Bande über die Generationen hinweg. Wird man sich auf seine Kinder verlassen können, wenn die soziale Sicherung des Alters abgebaut, die sozialen Kontakte reduziert sind? Werden sie überhaupt helfen können, wenn sie hunderte von Kilometern entfernt wohnen?
- Eine wichtige und erschreckende Folge der Entwicklungen ist **zunehmende Konkurrenz und Vereinzelung**, denn es ist nicht gelungen, auf den Wandel eine gemeinschaftsbasierte Antwort zu finden. Man spürt die Konkurrenz überall: Am Arbeitsplatz, in den Schulen, im öffentlichen Leben. Wir nähern uns in großen Schritten der Ellbogengesellschaft. Diese Entwicklung gilt unisono als negativ und

ungesund. Sie verschärft die bestehenden Probleme im Alltag und schafft neue. Sie mindert die Lebensqualität. Sie macht das Leben kalt und hart. Sie setzt den Kindern zu, macht krank, stiftet Zwietracht, zerstört die Gemeinschaft. Sie vereinzelt und macht einsam. Sie führt in zunehmende Polarisierung, in die Zwei-Klassen-Gesellschaft, in mehr Gegeneinander als Miteinander und damit in ein Klima, dass der Mitte überhaupt nicht behagt und das sie nicht will. Wenn es denn so kommt, muss man damit leben, aber positiv ist daran gar nichts.

Diese Veränderung im deutschen Leben nimmt in allen Gruppen und in beiden Welle breiten Raum ein, ohne dass dieses Thema von uns in die Gruppen eingebracht wurde. Vielmehr brach es sich schon gleich zu Anfang den Weg, wurde allseits aufgenommen und beklagt. Dabei geht es nicht nur um Geld, um Materielles, oder nur um Einschränkungen der persönlichen Komfortzone, sondern um das Gefühl erodierender Gemeinsamkeit, um zerbröselnden sozialen Kitt, um den Verlust wichtiger qualitativer und zivilisatorischer Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Am Horizont droht eine Welt zu entstehen, in der immer höhere Anforderungen immer mehr Druck entfalten und immer mehr selektiert wird. Es droht die Vision des Rat Race, der endlos weiter angezogenen Daumenschrauben; eine Ordnung voller Willkür und Inhumanität, der man ohnmächtig gegenüber steht und in der – hier ganz der Sicht der Unterschicht ähnelnd – ehrliche Anstrengungen und Mühen nicht mehr ausreichen, um ein vernünftiges Leben zu führen.

- Wandel, Unsicherheit und zunehmende Konkurrenz führen zu einem eklatanten **Mangel an Planbarkeit**. Der zeitliche Orientierungshorizont schrumpft und wird kürzer. Wo man früher das ganze Leben oder doch die großen Etappen planen konnte, schauen gerade die Jüngeren mehr und mehr auf das Heute und die unmittelbaren nächsten Schritte. Mehr macht keinen Sinn. Zu schnell kann sich alles ändern und niemand hat noch Garantien zu vergeben. Nicht die Arbeitgeber, nicht die Rentenkassen, nicht der Staat oder die Politik, nicht mal mehr die Banken und Versicherungen. Aber ganz bestimmt wird es viele geben, die diese Schwäche ausnutzen.

Auch diese Veränderung bedeutet eine große Zäsur für die Mitte, der die Planbarkeit ein außerordentlich wichtiges Gut ist. Auf Planbarkeit gründen schließlich viele ihrer Strategien und Lebensweisheiten, nicht selten auch ihre Architektur des persönlichen Glücks. Zu viele Ungewissheiten, zu viel Wandel, zu viel Flexibilitätsanforderung sind und waren der Mitte schon immer ein Gräuel.

Was hier als Hintergründe und Folgen von Wandel aufscheint, hat in der Wahrnehmung der Mitte nicht den Charakter eines vorübergehenden Zyklus, des allseits bekannten Auf und Ab der Trends oder einer begrenzten und beherrschbaren Veränderung. Es geht vielmehr um einen wesentlich tiefer gehenden und anhaltenden Wandel. Wie tief, das zeigten die vielen (für die Mitte eigentlich so wesensfremden) pessimistischen Äußerungen über die Zukunft der Kinder. Ihnen geht es bereits jetzt schlechter, aber es wird ihnen künftig noch viel schlechter gehen. Sie werden die Folgen des Wandels ausbaden und in der damit vielleicht heraufziehenden, sehr anderen Gesellschaft leben müssen.

Fortschritt: Mehr Drohung als Verheißung

Kein Wunder, dass auch in der Mitte (wie im unteren Drittel der Gesellschaft) die Begriffe „Fortschritt“ und „Veränderung“ vor allem skeptische bis negative Bedeutung hatten. Der Tenor war nicht ganz so verheerend wie in den Gruppen, die wir Ende 2008 durchführten, dennoch ohne jede frohe Erwartung, aber voller Bedrohungspotenzial. Das zeigten auch die Schlagzeilen und ihre Hintergrundgeschichten aus dem Jahr 2015, die wir in allen Gruppen als Teamarbeit anfertigen ließen. Meist ging es um große schlechte Nachrichten oder gar wirtschaftliche Untergangsszenarien, um Staatspleiten und Euroabstürze, oft in Kombination mit dem Zusammenbruch wichtiger staatlicher Funktionen (Gesundheit, Bildung, soziale Netze).

Diese Sicht auf den Wandel ist sehr anders als wir das noch in den neunziger Jahren und anfangs der 2000er Jahre in Gruppendiskussionen mit der Mitte erlebt haben. Damals schien der Wandel noch weit weg. Er war etwas Abstraktes, betraf vor allem andere Menschen und schien nicht wirklich bis zu den Grundfesten des Lebens vorzudringen. Heute ist klar und präsent, dass man mit ihm leben muss, auch wenn man ihn nicht immer in seiner vollen Komplexität begreift. Verhindert werden kann er jedenfalls nicht. Er kommt über uns wie ein Tsunami. Ausmaß, Dauer und Ergebnis sind nicht vorhersehbar. Sicher aber ist, dass er auch in ihrem Leben und ihrem Umfeld angekommen ist und dass er nicht mit einfachen Rezepten zu beherrschen ist.

Abstieg: Es kann jeden erwischen

Beides zusammen führt in eine Situation, in der man sich behaupten muss. Helf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner! Man muss sich anpassen, auf die neuen Umstände einstellen. Dazu ist man in der Mitte viel bereiter und viel befähigter als in der Unterschicht. Aber man weiß auch, dass man das nicht alleine schaffen kann. Auch deshalb spürt man bei allem Selbstvertrauen in die eigene Stärke die untergründig lauende Angst. Selbst wenn man sich persönlich noch nicht direkt bedroht fühlt, so ahnt doch jeder, dass es ihn erwischen könnte. Zuversicht und Bereitschaft zur Selbst-

hilfe paaren sich deshalb mit Unsicherheit. Wie groß wird die Aufgabe sein? Wie viel Umstellung erfordert sie? Lässt sich das bewältigen oder überfordert es mich?

Diese Erkenntnis mag auch eine Rolle dafür spielen, dass wir in den Gruppen wenig aggressive Abgrenzung nach unten beobachtet haben. Es gab kaum emotionale Diskussionen über „Sozialschmarotzer“ und Drückeberger. Die Realität von Hartz IV wirkt mahnend: Angesichts unsicherer Zeiten sollte man sich vielleicht nicht gegen Menschen stellen, zu denen man womöglich einmal gehören wird und Leistungen kritisieren, auf die man womöglich einmal angewiesen sein wird. Das Bewusstsein für den steigenden Druck und die Situation der Schwachen, die Möglichkeit des Scheiterns, die Ahnung einer heraufziehenden Zwei-Klassen-Gesellschaft, die Notwendigkeit von Schutz und Zuflucht ist wacher geworden. Das führt nicht zu Forderungen wie sie die Linke vertritt, aber doch zu einem sensibleren Achten darauf, dass bestimmte Dämme nicht brechen. Die Lösung unserer Probleme liegt nicht allein im Sparen und Kürzen. Denn wir erreichen sonst womöglich eine Grenze, an der die Folgeprobleme größer werden als die Sparerträge und wir in eine Gesellschaft rutschen, in der der soziale Friede und das gedeihliche Miteinander der Ellbogen-gesellschaft und ihrem Hauen und Stechen geopfert wird.

Wie herum heute gedacht wird, mag vielleicht ein Beispiel erklären. Wir fragten nach der Bedeutung verschiedener Werte, unter anderem nach dem Wert „Gerechtigkeit“. Dieser Begriff war schon in den Gruppen mit der Unterschicht schwer zu fassen. Aber auch in den Gruppen mit der Mitte bekam er keine fassbare Kontur. Stattdessen versuchte man, sich ihm immer über sein Gegenteil, die Ungerechtigkeit, zu nähern. Denn dazu haben alle Meinungen. Alle kennen Beispiele für Ungerechtigkeiten. Sie sind schlimm, sollten verhindert werden und sind gleichwohl nie gänzlich aus der Welt zu schaffen. Aber von einer konturierten Idee von Gerechtigkeit ist das alles weit entfernt. Insofern verwundert es nicht, dass mit dem Begriff, der Parole oder gar einer Vision von (z.B. sozialer) Gerechtigkeit heute kaum noch etwas zu gewinnen ist. Die Zeiten erfordern eher den Umgang mit und das Verhindern von Ungerechtigkeit.

3. Die Rolle der Politik

Genau an dieser Stelle kommt die Politik ins Spiel. Denn die Formel der Mitte für die Gestaltung ihres Lebens enthält sowohl die eigene Kraft und Leistungsbereitschaft, als auch das „Wir“: die Gesellschaft und den Staat als Versicherungsinstanzen für die Unwägbarkeiten und Schicksalsschläge des Lebens, für den notwendigen Ausgleich zwischen zielstrebigem und gesundem Eigennutz und den Werten, die die Gemeinschaft-zusammenhalten sowie die notwendigen staatlichen Strukturen und Angebote (Bildung, Polizei und Justiz, soziale Sicherung etc.). Darauf sind alle angewiesen, denn ohne sie lebten wir in einer sehr viel schlechteren Welt, die keiner will. Die Politik hat die Aufgabe, sich darum zu kümmern.

Leider aber scheint die Politik dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen zu sein. Niemand in den von uns durchgeführten Gruppen ließ in dieser Hinsicht Optimismus oder Zufriedenheit erkennen. Zwar wird in der Mitte kaum der Vorwurf der Böswilligkeit laut, den wir in den Gruppen aus der Unterschicht immer wieder hörten. Aber die Politik scheint eher Patient zu sein als die Rolle des Arztes spielen zu können. Jedenfalls nimmt man nicht wahr, dass sie das Geschehen – den Wandel und seine Folgen – wirklich im diagnostischen Sinne versteht, gar wisse, was zu tun ist oder in der Lage sei, das Nötige auch zu tun. Statt dessen wird sie vom Wandel überrollt. Sie schaut ihm hinterher, ist beschäftigt mit Streiten und Selbsterhalt, statt ihm pro-aktiv zu begegnen. Denn sie weiß nicht weiter, ihr fehlen die Konzepte. Die Politik wirkt ratlos. Sie handelt reaktiv oder mit einem Aktionismus, der die Situation leicht verschlimmert.

Dabei ist die Mitte durchaus nicht maßlos in ihren Ansprüchen. Soziale Absicherung ist ihr wichtig, aber Vollkasko-Mentalität will sie sich nicht vorwerfen lassen. Im Gegensatz zur Unterschicht ist sie deutlich zuversichtlicher, ihr eigenes Leben auch unter schwierigeren Umständen bewältigen zu können. Zudem scheint der Wandel viel zu mächtig, als dass man von der Politik erwarten könnte, dass sie ihn aufhält. Aber was man doch immer von ihr erwartet und erhofft hat, ist die Fähigkeit, voraus schauen zu können, das Land richtig vorzubereiten, die Bürger dabei zu unterstützen, mit den Folgen klar zu kommen, die Grundlagen zu legen, damit man sich anpassen und selbst helfen kann. Ja, wir wollen unseren Weg selbst gehen, aber für den „Wegebau“ hat doch die Politik die Verantwortung. Dafür braucht man mehr als nur Verwalter, man braucht Gestalter mit Durchblick und Verantwortungsgefühl. Aber genau das leistet die Politik nicht.

4. Wichtige politische Themen

Diesem mit einiger Wucht daherkommenden Lamento über den an allen Stellen spürbaren Gang der Dinge, den Zustand und die Gegenwart von Gesellschaft und Politik mit ihren wenig erfreulichen Aussichten, steht eine erstaunliche Konzentration auf eine überschaubare Zahl von Politikaufgaben gegenüber, die die Diskussion in den Gruppen beherrschen. Es ging vor allem um das, was man als die politisch beeinflussbare Sicherung von Lebensgrundlagen und Zukunftsfähigkeit zusammenfassen könnte: ganz besonders Bildung, öffentliche Sicherheit, seriöses Wirtschaften, Infrastruktur und die Arbeit daran, die Gesellschaft nicht auseinanderbrechen zu lassen.

Die Diskussion dieser Themen wurde dabei ständig von der Frage über die Richtung und die Art und Weise dieser Sicherungspolitik begleitet. Klar war: Wir müssen es schaffen, uns dem Wandel anzupassen. Wir müssen uns und unsere Kinder befähigen, in der sich herausbildenden neuen Welt zurecht zu kommen, um ein einigermaßen glückliches Leben führen zu können. Wir können nicht einfach weitermachen wie immer. Dafür muss sich vermutlich viel verändern – auch wenn wir oft nicht genau wissen, was. Aber wir dürfen das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten. Die letzten Jahre haben z.B. gezeigt, dass das Öffnen der Liberalisierungsschleusen keine Lösung ist. Wir müssen deshalb erhalten, was erhalten werden soll und kann. Bei dieser Sichtweise spielt eine wichtige Rolle, dass man schon viel Reformgerede gehört und viele Reformen erlebt hat. Wenige haben gebracht, was sie versprochen, so manche hat die Lage verschlimmert. Vieles entpuppte sich als wenig durchdacht.

4.1 Bildung

Insbesondere beim wichtigen Thema **Bildung** schlugen die Wellen im Dezember wie im Mai schnell hoch. Denn gerade in Zeiten wie diesen steht Bildung nicht nur für den schon immer wichtigen praktischen Wert und die Bedeutung von Schulen, Lernen und Ausbildung. Bildung steht auch für die Frage, ob unsere Kinder und wir als Land es schaffen, uns dem Wandel anzupassen, in der Welt mitzuhalten, die ständig drohende Krise abzuwenden. Die Bedeutung der Kinder und jungen Menschen ist ja auch deshalb so groß, weil viele Ältere wissen, dass sie später auf deren Fähigkeiten angewiesen sein werden. In der Bildung entscheidet sich nicht nur das Schicksal nachfolgender Generationen, sondern auch das eigene. Bildung steht deshalb in gewisser Weise ganz generell für die Erneuerungsfähigkeit und die Regeneration dessen, was Deutschland, was NRW, was die Mitte stark macht. Die Fähigkeit, sich zu behaupten, leistungsfähig zu sein, und so sein gutes Auskommen zu sichern. Das – auch davon ist die Mitte überzeugt – ist nicht nur eine Frage von Eliten und Spitzenkönnern, sondern von einer breiten Schicht von Menschen, die mitbringen, was im wirtschaftlichen Wett-

bewerb gebraucht wird. In diese Fähigkeiten muss man investieren. Das ist eine vordringliche Aufgabe, ob man Kinder hat oder nicht.

Bildung unter Druck

Zwar hat der Glaube stark gelitten, dass man mit guter Bildung einen sicheren Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit besitzt. Der Wandel in der Arbeitswelt ist schnell. Auch in der Bildungswelt ist vieles in Bewegung. Man erlebt seit vielen Jahren schon, wie die Messlatte immer höher gehängt wird. Die Hauptschule gilt nichts mehr. Die Realschule ist ohne Zweifel längst zum Minimum schulischer Ausbildung geworden. Das Abitur ist auf dem Weg zum Regelabschluss. Nun hat man auch noch die gymnasiale Schulzeit verkürzt. Ähnlich ist es an den Universitäten. Auch hier wurde und wird viel verändert. Immer hat man dabei den Druck deutlich erhöht. Gleichzeitig ist eine universitäre Ausbildung schon länger keine Garantie mehr. Ganz Berufe entstehen heute in wenigen Jahren und können ebenso schnell auch wieder verschwinden. Gleichwohl ist gerade deshalb Bildung unabdingbar. Die Anforderungen steigen ständig. Qualifikation und bildungsbasierte Fähigkeiten sind national und persönlich elementar, um in der globalen Welt mithalten zu können. Während also eine gute Bildung und Ausbildung keine automatische Garantie auf Erfolg bedeutet, bedeutet ihr Fehlen eine Garantie für Misserfolg.

Die Eltern spüren diesen Druck als große Last der Verantwortung auf ihren Schultern. Sie müssen dafür sorgen, dass für ihre Kinder die Weichen richtig gestellt werden. Deshalb müssen ihre Kinder auf der einen Seite in der Schule funktionieren und im Leistungswettbewerb mithalten. Dafür wird viel unternommen und investiert. Aber natürlich bedeutet dieser existenzielle Stellenwert von Bildung nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Kinder großen Stress. Man klagt deshalb über nicht kindgerechte Schulen, über die Belastung der Kinder, die eine „spielende“ Kindheit fast ausschließt. Gleichzeitig wirken die Eltern vielfach dabei mit und übertragen viel von ihrem eigenen inneren Druck auf die Kinder. Manche spüren das, wissen aber nicht, wie man diesem Kreislauf entrinnen könnte. Kein Wunder also, dass alle Veränderungen, die diesen Druck weiter erhöhen, auf strikte Ablehnung stoßen. Hier liegt ein wesentlicher Grund für die verbreitete Ablehnung von G8. Das „Turboabitur“ ist zum Synonym für diese Situation geworden. Kein Wunder, dass hier viele offene Wut zeigen und das gesamte Thema Bildung voller überbordender Emotionen steckt.

All das spricht für eine größere Anstrengung, für mehr Mittel und bessere Schulkonzepte. Aber man beobachtet in den Schulen keine gute Entwicklung. Pisa zeigt die Probleme des deutschen Bildungssystems jedes Jahr auf. Auch in der Schule gilt, was sonst gilt: Wachsende Konkurrenz, Polarisierung, Selektion. Auch der Bildungsföderalismus erweist sich als großes Problem. Er führt zu völlig unzeitgemäßen Unterschieden

zwischen den Bundesländern, was die Mobilität von Familien mit Kindern (etwa bei der Suche nach einem Arbeitsplatz) stark behindert. Die Mittel für die Bildung scheinen – trotz gegenteiligem Reden der Politik – eher knapper zu werden. Die Situation an den Schulen wird schwieriger. Das einzelne Kind zählt immer weniger. Soziale Probleme häufen sich. Werte und soziale Kompetenzen kommen zu kurz. Die versprochene Versorgung mit Betreuungsplätzen in Krippen, Tagesstätten und Kindergärten kommt vermutlich nicht. Der Eindruck verfestigt sich, dass die Bildungspolitik und das Bildungssystem auf dem falschen Weg sind und die Eltern hinters Licht geführt werden.

Gefragt: Praktische und überschaubare Lösungen vor Ort

Interessanterweise spielen in den Diskussionen über die Bildungspolitik konkrete Forderungen nach ganz bestimmten Reformen oder Veränderungen dennoch kaum eine Rolle. Früher war das anders. Da wurde heftig und erbittert über Gesamtschulen versus Dreigliedrigkeit gestritten. Die Diskussion war oft ideologisch stark aufgeladen. In unseren Gruppen war davon keine Rede mehr. Was bedeutet schon Dreigliedrigkeit, wenn bereits beim zweiten Glied (der Realschule) die Entwertung droht? Geschlossene Konzepte sind heute offenbar viel weniger wichtig als früher.

Stattdessen dominieren qualitative Ziele; Wünsche gewissermaßen, wie und mit welchem Ergebnis Bildung und Bildungseinrichtungen ihren Job machen sollten. Es zählen zudem verstehbare Vorhaben und überschaubare Maßnahmen mit klar erkennbaren Wirkungswegen und nachvollziehbaren Ergebnisprognosen, die der Prüfung durch den gesunden Menschenverstand standhalten. Das Bildungssystem wird lokal erlebt, mit dem, was vor Ort an den Schulen passiert und passieren sollte. Abstrakte, technokratische und politisch motivierte Konzepte oder auch Datenberge über Investitionen, Einstellungen, und Leistungen finden keinen Nachhall. Obwohl man also heute dem dreigliedrigen System skeptischer den je gegenüber steht, bedeutet das nicht, dass man im Gegenzug die alten Gesamtschulkonzepte für die richtigen Lösungen halten wird. Im Gegenteil: In der Schulpolitik wie in anderen Bereichen haben sich die alten Konzepte als nicht adäquat in Zeiten solchen Wandels erwiesen. Niemand glaubt mehr richtig daran, dass große Reformen alle Probleme lösen. Eher schaffen sie neue.

Wichtiger sind auch hier die verstehbaren und überschaubaren Schritte, die sich einem konkreten Problem zuwenden und es lösen. Es geht um den Alltag in den Schulen und das, was Schüler, Eltern und Lehrer dort erleben. Keine offizielle Verlautbarung kann konterkarieren, was die Teilnehmer aus der Mitte dort wahrnehmen. Es mangelt an Ressourcen, die Probleme türmen sich. Und was den Rest der Gesellschaft zunehmend prägt, findet auch in der Schule statt: Mehr Leistungsdruck, mehr Konkurrenz, mehr Selektion, mehr Egoismus, mehr Polarisierung. Darunter leiden, so die Wahrnehmung

der Mitte, zwangsläufig wichtige qualitative Elemente von Bildung wie das Zusammenleben an der Schule oder der kindgerechte Schulalltag.

Leitmotiv: Das Beste für mein Kind

Um es noch einmal zu unterstreichen: Aus diesen Klagen, Überzeugungen und Wünschen destillieren sich noch keine Lösungen heraus. Die Mitte selbst ist nicht imstande, die Lösungen zu benennen. Das eben erwartet sie einerseits von der Politik, andererseits von den Schulen vor Ort. Sie will gerne dabei mitmachen. Aber sie wird dabei keinen hehren gesellschaftlichen Zielen folgen wollen. Sie will die Schulsituation ihrer Kinder keinen nur theoriegeleiteten, undurchschaubaren Experimenten opfern wollen. Sie will keine großen Veränderungen mehr, sondern die Bewältigung des Alltags ihrer Kinder.

Auch die neue Landesregierung wird sich vor dieser Situation wiederfinden, in der die Skepsis gegenüber Lösungsversprechen groß ist und die Ambivalenz mit Händen zu greifen. Denn während sich die Mitte einerseits Chancengleichheit, gemeinsames Lernen, einen harmonischen, menschlichen und kindgerechten Schulalltag wünscht, will sie aber doch gleichzeitig auch, dass ihre Kinder als Gewinner aus dem Bildungswettbewerb hervorgehen. Ihre Ziele sind das Wohlergehen der eigenen Kinder, nicht die überindividuellen Ziele von Politikern und Bildungsexperten. Je mehr deshalb Integrationsprobleme jedweder Art in den Schulen auftauchen, desto stärker werden sie darauf achten, dass ihre Kinder sich in „Sicherheit“ befinden. Je mehr man wegen mangelnder Prioritäten setzen muss, desto stärker werden sie sich für ihre eigenen Prioritäten einsetzen.

4.2. Umwelt: Alternative Energien und ihre Bedeutung

Umweltthemen spielten als Probleme nur am Rande eine Rolle. Ihre Bedeutung wurde erst auf den zweiten Blick deutlich, als wir die Teilnehmer bitten, sich in Zweiergruppen typische Schlagzeilen und die dazugehörige Geschichte zu überlegen, die man im Jahr 2015 am Morgen in den Zeitungen finden wird.

Die meisten Teams verfassten Schlagzeilen über schlimme Nachrichten: Arbeitslosigkeit, sterbende Industrien, schlimme Umweltprobleme, Staatspleite und Zusammenbruch des sozialen Netzes, die daraus resultierende Zwei-Klassen-Gesellschaft und ähnliches. Vor allem zu einem Thema aber gab es mehrfach positive Schlagzeilen: Der Siegeszug alternativer Energien sowie von Umweltschutztechnologien.

Dabei wurde deutlich:

- Alternative Energien (vor allem Wind und Solar) genießen höchste Akzeptanz. Sie stehen für Energieerzeugung ohne schlechtes Gewissen und einen wesentlichen Problemlösungsbeitrag zu Top-Problemen der Gegenwart wie dem Klimawandel, der Sicherung der Energieversorgung oder dem Umgang mit der ungeliebten Atomenergie.
- Sie stehen zugleich für die Kontinuität der technologischen Fähigkeiten Deutschlands, für gute Innovation, für guten technischen Fortschritt und für die Hoffnung, auch weiterhin als Technologie- und Industrienation eine wichtige Rolle in der Welt spielen zu können.
- Damit gelten sie als eine der großen Chancen, sterbende Industrien durch wachsende und aussichtsreiche Industrien zu ersetzen und damit den Menschen auch in Zukunft Arbeit geben können.

Alternative Energien als Hoffnungsträger

Alternative Energien und die dafür in Deutschland entwickelten Technologien gehören also zu den ganz wenigen Dingen, die als rundum gut wahrgenommen werden. Sie tun Gutes, sie sind intelligent, smart und clever und rationalisieren dennoch nichts weg. Man kann sich mit ihnen wohlfühlen. Sie sind – ebenso wie das ganze Feld der Umweltschutztechnologien – ein Symbol dessen, was sich viele in der Mitte wieder wünschen: Etwas, das richtig und nützlich ist, das man widerspruchsfrei gut finden kann, das Sinn und Bedeutung bietet und gleichzeitig ökonomisch funktioniert. Sie sind Hoffnungsträger, bieten Identifikationspotenzial und damit etwas, wonach es nicht nur der Mitte dürrt. Als solches gehören alternative Energien und die dazugehörige Industrie, Tüftlerwelt und Aufbruchstimmung ohne Zweifel zum Inventar, das Politik symbolisch nutzen kann, wenn sie Wege aus dem derzeit dominierenden Gefühl des Jammertals, der Dilemmata und des Zwiespalts sucht.

Es nimmt deshalb auch nicht Wunder, dass die kräftige Förderung und Unterstützung dieser Technologien und ihres Einsatzes häufig begrüßt, gar gefordert wird. Die Schlagzeilen und ihre Geschichten zeigen sehr deutlich, dass man hier eine große Chance des Staates sieht, etwas zu bewegen und voranzubringen, aber auch Verantwortung zu übernehmen und zu demonstrieren.

4.3. Die Finanzkrise

Die Finanzkrise wird vor diesem Hintergrund des Wandels und des gesellschaftlichen Zustands wahrgenommen. Sie ist nicht die Ursache für das Gegenwartsbild, das die Mitte wie oben beschrieben entwirft. Eher schon ist sie eine Folge dieser Gegenwart. Aller Voraussicht nach, darüber besteht weitgehend Einigkeit, wird sie die bereits bestehenden Entwicklungen verschärfen und beschleunigen.

Jeder in der Gruppe wusste, dass es eine schwere Krise gibt. Niemand verharmlost sie. Ein guter Teil aber kennt sie nur aus Medienberichten, hatte bisher keine persönliche Erfahrung damit und fühlt sich auch nicht selbst bedroht. Für sie bleibt die Finanzkrise abstrakt und schwer einschätzbar. Man folgt deshalb meist den gängigen Einschätzungen und Erwartungen über ihre Folgen, bleibt aber innerlich relativ distanziert. Ist nicht auch schon wieder von Aufschwung die Rede, gehen die Arbeitslosenzahlen nicht schon wieder zurück?

Andere haben die Folgen selbst erlebt. Menschen im Umfeld sind betroffen, Geschäfte gehen schlecht, man arbeitet kurz, der Arbeitsplatz ist bedroht. Manche müssen sich entsprechend einschränken. Aber wir trafen nicht auf offene Verzweiflung. Denn viele Folgen wurden abgepuffert. Die Kurzarbeit, das soziale Netz und die Notmaßnahmen des Staates tragen Früchte. Man gibt sich folglich relativ gelassen.

Unbegreifliche Ausmaße

Die Diskussionen rund um die Krise erwecken den Eindruck, dass die Einschätzungen von Experten und Medien zur Krise nur begrenzt Resonanz in der Mitte finden. Nicht dass man die Krise nur für Gerede hält, niemand negiert sie. Die meisten würden sicher auch zustimmen, dass die Schuldenlast steigt und die Spielräume des Staates weiter einschränkt. Die Kosten der Notaktionen zwischen 2008 und 2010 und die möglichen Auswirkungen auf die nächsten Jahre lassen auch die Mitte erschauern. Gleichwohl ist ihre Größe längst unfassbar, die Folgen vorläufig völlig abstrakt und nicht kalkulierbar. So wirkt die Krise häufig nur wie ein nicht genau erkennbares Damoklesschwert mehr, das über uns allen hängt und das man nicht einschätzen kann.

Im Mai 2010 war diese Wahrnehmung eher noch stärker als im Dezember 2009. Zwar war zwischenzeitlich die Eurokrise hinzugekommen, die Risiken türmten sich weiter auf. Aber all das schien sich in einem Paralleluniversum zuzutragen, unabwendbar, aber im Sinne konkreter Folgen auch unbegreiflich. Vorläufig kündigt sich der Aufschwung an, die Arbeitsplätze werden wieder stabiler. Vielleicht kann sich ja auch alles wieder richten.

In dieser Art, die Krise wahrzunehmen, schlägt sich wohl auch nieder, dass alle mittlerweile geübter darin sind, mit Krisen umzugehen. Die Krise ist – gerade für Jüngere – längst eine Dauerkrise. Man kann nicht dauerhaft erschrecken. Auch untergegangen sind wir noch nicht. Man begleitet den Gang der Dinge deshalb vorläufig mit einer gewissen Gelassenheit und einem noch immer beträchtlichen Restvertrauen in die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft.

Das dicke Ende kommt erst noch

Die Krisenwahrnehmung hat aber auch eine rational geprägte, eher langfristig orientierte, analytische Seite, auf der man sich die längerfristigen Folgen ausmalen kann. Hier ist die Gelassenheit deutlich geringer, aber die Betroffenheit heute eben auch. Allerdings spielt sie eine große Rolle für die Perspektive. Die Zukunft leuchtet nicht mehr, sie präsentiert sich eher wolkenverhangen.

Die Maßnahmen der Politik gegen die Dauerkrise treffen auf ein zwiespältiges und vielfach gebrochenes Echo. Die Abwrackprämie und die Versuche zur Rettung von Opel treffen auf Kritik. Die Abwrackprämie wirkt wie die Verlagerung des Problems in die Zukunft. Die Stützung von Opel traf auf Skepsis, weil man nicht versteht, warum es die Aufgabe des Staates sein soll, Unternehmen zu retten, die womöglich am Ende doch pleitegehen. Außerdem: Warum eigentlich Opel und nicht all die anderen bedrohten Unternehmen? Das monatelange Gezerre weckte zudem den Eindruck arg unseriöser Machenschaften, die die deutsche Politik nicht finanzieren sollte. Schließlich ist der Eigner ein ausländisches Unternehmen, dem man in keinsten Weise traut.

An den stützenden Interventionen des Staates bei der Rettung „systemrelevanter“ Banken wird hingegen praktisch keine Kritik laut, aber es fehlt auch jedes Lob. Die Bedrohung durch einen Zusammenbruch des ganzen Systems ist von unheimlicher Größe. Das darf nicht passieren. Die Verhinderung war deshalb vielleicht alternativlos und zwingend nötig. Aber wer will das schon beurteilen? Was sich in der Finanzkrise abspielte, fand in einer Welt statt, zu der die Mitte keine Beziehung hat und die sie nicht durchschaut. Ob deshalb die Jahre 2008 und 2009 ein großes Versagen der Politik markieren oder eine große Leistung, ist aus Sicht der Mitte bislang noch völlig offen. Grund zur Freude aber wird es ohnehin nicht geben können. Die Systemdrohung wirkt vielmehr wie eine Geiselnahme von Staat, Gesellschaft und Bürgern durch eine verantwortungslose Finanzelite. Und vor der Bedrohung durch die Folgeschäden gibt es erhebliche Ängste.

Während die Schulden des deutschen Staates sehr wohl ein Thema waren, waren es die der Griechen und anderer Ländern nicht. Auch hier scheint Handeln alternativlos zu sein. Das macht die Sache natürlich nicht besser, aber sie entzieht sich damit doch

weitgehend der kontroversen Diskussion; zumal die Stützungsmaßnahmen im Grundsatz von fast allen im politischen Betrieb getragen und sinnfällig Alternativen nicht bekannt sind. Auch was die Verursachung der Schuldenlasten in Deutschland angeht, bieten sich auf politischer Seite aus Sicht unserer Mitte-Teilnehmer vor allem Täter an. An den deutschen Schuldenbergen haben schließlich alle Parteien mitgewirkt.

Inzwischen ist die Krisenwahrnehmung in einen Zustand der Latenz übergegangen. Die Schocknachrichten sind vorbei, die schlechten Meldungen der Gegenwart werden zur Nachrichtenroutine. Dass die kleinen Leute die Zeche zahlen, während die großen Versager (und Verbrecher) einfach so davonkommen, ist nichts Neues. Man kennt das bereits. Insofern zuckt da mancher mit den Schultern, vor allem, wenn bei ihm noch alles im Lot ist. Vor diesem Hintergrund sind demoskopische Umfragewerte erklärbar, die einen Rückgang der Problemwahrnehmung in Sachen Finanzkrise andeuten.

Andererseits sind sie bestenfalls die halbe Wahrheit. Als Entwarnung dürfen sie nicht verstanden werden. Denn die Vorgänge rund um die Finanzkrise sind trotz aller Gelassenheit beispiellos. Die Folgen schälen sich erst über viele Jahre heraus, weshalb die persönliche und gesellschaftliche Verarbeitung des Geschehens noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Immer wenn sie spürbar und erfahrbar werden, etwa durch steigende Arbeitslosenzahlen oder einen finanziell schwachen Staat, der seine Aufgaben nicht mehr wie gewünscht erfüllen kann oder die Steuern und Abgaben erhöht, wird die Diskussion wieder aufleben. Die latente Bitternis wird neue Nahrung bekommen und die Wut steigen. Denn dass die Notwendigkeit der Stützung und das Ausbaden der Folgen mit der Unmöglichkeit (oder Unfähigkeit?) einhergeht, gegen die Verursacher vorzugehen, sie zur Rechenschaft zu ziehen und ähnliches für die Zukunft zu verhindern, ist unverzeihlich, bedrohlich und kann noch zu viel bösem Blut führen. Das gilt für Banker ebenso wie für Politiker. Hier ist ein Grundsatzkonflikt zwischen Bevölkerung und Politik bzw. Finanzeliten angelegt, der bei Eintreten der von Experten erwarteten und von Bürgern befürchteten Folgen (siehe die Schlagzeilen für 2015 in den Gruppen) dauerhaft schwären wird. Wohin das führt und welche langfristigen Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche Denken es hat, ist deshalb überhaupt nicht abzusehen.

4.4. Andere Themen

Ganz in den Aufgabenkontext der Sicherung der Lebensgrundlagen passt das Interesse an Themen der Infrastruktur. Immer wieder wird betont, wie gut die **Infrastruktur** in NRW sei: Ein großes Netz an Autobahnen und Straßen, ein im Prinzip gut funktionierender öffentlicher Nah- und Fernverkehr, viele Städte mit vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten und einem großen Kulturangebot zeichnen das Land aus. Diese Substanz ist gut und wichtig, sie muss erhalten werden. Gelegentlich schien bei diesen Diskussionen

durch, dass es Grund zur Sorge gibt. So hatten manche die Debatte um den westdeutschen Nachholbedarf in Sachen Infrastruktur mitbekommen und unterstützten eine wieder stärkere Konzentration auf die inzwischen klar erkennbaren Mängel auch und gerade in NRW.

Ein weiteres Thema, das einerseits Dauerbrenner ist, andererseits vor dem Hintergrund des Wandels und der mit ihm einhergehenden Verunsicherung an Bedeutung gewinnen könnte, ist das der **Sicherheit vor Kriminalität**. Es war unverkennbar, dass das allgemein höhere Ausmaß an Unsicherheit auch eine größere Sensibilität für die Gefahren durch Kriminalität und Vandalismus mit sich bringt. Das Thema beherrschte die Gruppen nicht, aber die Angst vor mehr Kriminalität steht unverkennbar im Raum, wenn über wachsende soziale Polarisierung, Auswirkungen der Krise, zerbröselnden sozialen Kitt und Werteverfall diskutiert wird. Gleichzeitig weiß man, dass leere öffentliche Kassen sich vermutlich auch bei den Ausgaben für die Polizei und Justiz niederschlagen. Hier steckt in Zukunft weiter viel politische Brisanz und Erregungspotenzial mit Ausstrahlung auch in andere Themenfelder wie z.B. der Migrations- und Integrationspolitik. Manche Teilnehmer etwa zogen klare Trennlinien zwischen sich und Migranten, die ihnen als nicht integriert gelten, die die deutsche Sprache nicht lernen wollen und die Gesellschaft zusätzlich belasten. Die Bereitschaft wird weiter sinken, Entwicklungen und Verhalten zu tolerieren, das Angst macht, das die Werte der Mitte negiert oder angreift, das klar erkennbar gegen ihre Ideale arbeitet und mit diesem Verhalten das Gefühl von Sicherheit beschädigt.

Großen Flurschaden dürfte die Finanzkrise mit Blick auf die finanzielle Situation des Staates angerichtet haben. Schon seit langem gilt die Solidität der Staatsfinanzen als beschädigt. Aber ohne Zweifel hat die Krise diesem Eindruck erheblichen Nachdruck verschafft. Von **vernünftigem Wirtschaften** kann keine Rede mehr sein, Der Staat gibt schon lange mehr aus als er einnimmt, obwohl Schuldenmacherei ins Verderben führt und uns der Ressourcen und der Möglichkeit beraubt, die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die zur Sicherung der Lebensgrundlagen nötig sind. Mit der Finanzkrise aber wird diesem Dauerproblem ein ganz neuer Schub verliehen.

Nach dem Grundsatz vernünftigen Wirtschaftens richtet man in der Mitte sein persönliches Leben ein und wird daran auch festhalten. Das wird auch in schwierigeren Zeiten so bleiben. Selbst die jüngeren Leute in den Gruppen teilen diese Ansicht weitgehend. Doch mit Blick auf die Politik scheint all das längst ausgehebelt und die Finanzkrise hat diesem Grundsatz nun einen weiteren schweren Schlag versetzt. Die durch die Krise angehäuften Schulden sind nicht mehr fassbar. Viele weitere Kosten werden aufgrund des Wandels auf uns zukommen. Wie all das bezahlt werden soll, kann niemand sagen. Die offenkundig herannahende Pleite des Staates, vom Bund über das Land bis in die Kommunen, lässt die Hoffnung auf den Staat absurd erschei-

nen. Was das genau bedeutet, kann niemand so genau sagen. Aber man richtet sich auf Schlimmes ein.

5. Bürgerschaftliches Engagement

In Zeiten, in denen man sich immer weniger auf den Staat verlassen kann, wird das Engagement der Bürger für ihr Umfeld und die Gesellschaft immer wichtiger. Wir wollten deshalb wissen, was die Teilnehmer für „Andere“, für die Gesellschaft, für ihr Umfeld tun.

Gleich war zu spüren, dass wir mitten in ein teils normativ geprägtes, teils aus ehrlicher Überzeugung heraus wichtiges Feld gestoßen waren. Jeder schien eine soziale Verpflichtung zum Engagement zu spüren, selbst wenn er nicht wirklich viel dafür tat. Keiner wollte abseits stehen. Also kramten die einen tief in ihren eigentlich eher leeren Taschen, gaben beinahe alles als ehrenamtliche Tätigkeit aus, was sich nur irgendwie so deklarieren ließ, um sich in solch einer Runde nicht „schlecht zu fühlen“. Alles was im und für das Umfeld, für Andere, für „die Gesellschaft“ oder nicht ausschließlich für eigene Rechnung tut, wurde als Engagement vorgezeigt. Von der Unterstützung von Bekannten, über die Hilfe in der Schule, das Training der E-Jugend im Fußballverein, die Tätigkeit als Tagesmutter, die Beschäftigung von Praktikanten oder die Tätigkeit als Altenpfleger – sie alle würden sich als Engagierte für die Gesellschaft bezeichnen.

Motive: Zwischen Altruismus und persönlichem Nutzen

Dabei mischen sich der gefühlte normative Druck, sein Teil beizutragen, mit persönlich geprägten Motiven für Engagement. Man beteiligt sich, weil man sich selbst etwas Gutes tun möchte, um Lob und Anerkennung (auch finanziell, wie mit der Bielefelder Engagementkarte) zu bekommen oder einfach, weil es Spaß macht. Andere engagieren sich, weil sie der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, weil sie „Menschen retten wollen“. Wieder andere greifen bewusst dort in die Gesellschaft ein, wo sie das Gefühl haben, Posten besetzen zu müssen, die von der Politik verwaist sind. Schließlich wollen viele auch ihr direktes Umfeld beeinflussen, vor allem das der Kinder. Während man sonst oft seine Ohnmacht spürt, weil man an den großen Linien der Entwicklung nichts ändern kann, ist es im direkten Umfeld schon mal anders. Hier kann man zuweilen mitgestalten, Dinge beeinflussen, die Umstände so gestalten, wie man es gerne möchte. Ehrenamt und Engagement sind also keinesfalls in erster Linie altruistisch, sondern durchaus auf persönlichen „Nutzen“ aus. Der allerdings kann sehr unterschiedlich ausfallen. Das bedeutet einerseits eine Begrenzung für bürgerschaft-

liches Engagement, zeigt andererseits aber auf, wo die eigentlichen Energien herkommen, die etwas unabhängig von Staat und Institutionen bewirken können.

Engagement hat Grenzen

Allerdings reicht das Engagement immer nur bis zu einer bestimmten Grenze: die Opfer, die man dafür bringt, dürfen nicht zu groß werden. Drohen berufliche oder finanzielle Beeinträchtigungen, nehmen viele schnell wieder Abstand. Und deshalb beteiligen einige auch erst gar nicht. Wenn die Anerkennung ausbleibt, wenn man nur auf Nörgler und Besserwisser trifft, während man seine kostbare Zeit und Kraft einsetzt, ziehen sich viele aus der ehrenamtlichen Tätigkeit zurück. Wo keine Chance auf Gestaltung besteht, wo man nur ausgenutzt wird, um die Lücken zu füllen, wo man befürchtet, dass der Staat sich anschließend mit dem Verweis auf das Engagement aus dem Staub macht, wird Engagement schnell schal. Und schließlich haben manche auch schlicht keine Zeit.

Und schließlich wirkt das Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht abschreckend. Wie sollen sie denn mit ihrem kleinen Beitrag etwas in der großen Welt erreichen? Wie kann es helfen, wenn sie Biofleisch kaufen, während sich China beispielsweise noch nicht einmal an internationale Klimavereinbarungen hält? Bevor sie einen aussichtslosen Kampf gegen Windmühlen führen, schont die Mitte lieber ihre Ressourcen und zieht sich zurück.

6. Die Wahrnehmung der Landespolitik

Für die Landespolitik bedeutet diese Wahrnehmung der Politik nichts Gutes. Weder die Politik in Berlin noch die Landespolitik können den allgegenwärtigen Wandel aufhalten. Ihre Handlungsspielräume und ihr Einfluss sind gering. Sie ist der Wirtschaft hoffnungslos unterlegen. Aber sie ist bisher auch nicht in der Lage, unser Land auf die kommenden Schwierigkeiten gut vorzubereiten und stark zu machen. Den Bürgern hilft sie in ihrem Leben immer weniger. Ihre finanziellen Möglichkeiten sind sehr begrenzt. Die Parteien und Politiker ziehen nicht an einem Strang, sondern erschöpfen sich in kleinlichen Streitereien. Ihr Interesse konzentriert sich auf die Verwaltung der Institutionen und den Machterhalt. Was soll man da erwarten?

Bei der Landespolitik spielt zudem deren Sandwich-Position zwischen Bundespolitik und Kommunalpolitik eine ungute Rolle für ihre Wahrnehmung.

- Die wirklich große Politik findet in Berlin statt. Was dort vor sich geht, nimmt man im allgegenwärtigen Informationsfluss zumindest teilweise wahr. Nicht, dass man – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ein klares Bild von Parteien und Politikern hätte. Aber zumindest kennt man einige Spitzenpolitiker, weiß etwas über Parteien, einige aktuelle Themen und manche politischen Entwicklungen.
- Die Kommunalpolitik ist die anfassbare Politik, die konkret und sichtbar in die Lebenswelt hineinwirkt. Hier kennt man den Bürgermeister und den einen oder anderen Kommunalpolitiker. Die Wirklichkeit hinter manchen kommunalen Themen und hinter kommunaler Politik ist sichtbar und erlebbar.
- Dazwischen befindet sich die Landespolitik. Vieles, wofür sie zuständig ist, entzieht sich der Aufmerksamkeit und spielt sich in Strukturen ab, die zwischen dem großen Wirbel der Bundespolitik und der Nähe der Kommunalpolitik liegen. Man weiß (mit Ausnahme der Bildung und Teilen des Straßenbaus) sehr wenig über die Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse der Länder. Die Landesidentität ist begrenzt, für Prinzipien des Föderalismus gibt es inzwischen nur noch wenig Verständnis. Die Wirkungen der Landespolitik bleiben so verborgen. Es scheint, als könne Landespolitik wenig bewirken. Abgesehen von den Politikfeldern Polizei, Bildung und Straßenbau ordnet man ihr deshalb auch vor allem die Aufgabe zu, im Wettbewerb der Länder um Aufmerksamkeit des Bundes kräftig die Trommel für die Interessen des Landes NRW zu rühren. Die CSU in Bayern wird dafür immer wieder mal als Vorbild herangezogen.

Angesichts dieser sehr ernüchternden Sichtweise auf die Politik im Allgemeinen und die Landespolitik im Besonderen wendet sich die Mitte häufig von der Landespolitik ab. Dabei ist weniger als bei der Unterschicht das Kommunikationsproblem die zentrale Ursache. In der Mitte verstehen mehr Menschen mehr vom politischen Geschehen. Aber sie stehen der Landespolitik immer indifferenter gegenüber. Das Interesse ist verloren gegangen, wenn nicht gerade spezifische Themen wie die Bildungspolitik oder die Polizei die Gemüter erregen.

So tritt gerade die Landespolitik immer weiter in den Hintergrund und wird ausgeblendet. Man nimmt die Meldungen in den Nachrichten und Zeitungen nicht mehr wahr und setzt die Puzzlesteine des Geschehens nicht mehr zusammen. Gespräche über Landespolitik finden selten statt. Auch die Konturen der Landesparteien und damit der Alternativen verschwimmen in der Wahrnehmung zusehends. Wofür sie genau stehen, weiß kaum jemand. Einzelne Vorhaben, von Experten kreiert, können die meisten nicht

durchschauen. Versprechungen sind hohl und unglaubwürdig. Identifikation und Bindung werden immer seltener. Ungefähre Images treten auch in der Mitte an die Stelle klarer Parteienverortungen.

Ein wichtiges Indiz dafür ist die Tatsache, dass in allen Gruppen weder Parteien, noch Personen kontrovers diskutiert wurden. Das gilt auch für die SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft. Überhaupt wurden nur vier Politiker ohne unser Zutun je ein Mal genannt: Der Verteidigungsminister zu Guttenberg, der ehemalige Finanzminister Steinbrück, der Landesminister Laschet sowie Ministerpräsident Rüttgers (ironisch als „Arbeiterführer“ benannt). Das Landeskabinett war ansonsten kein Thema. Der Ministerpräsident war zwar allen bekannt, aber wie in den Gruppen mit der Unterschicht verbinden nur wenige mit ihm ein klares Profil, bestimmte politische Positionen, klare Sympathien oder Antipathien. Über ihn gesprochen wird, wenn die Moderatoren danach fragen, allerdings ohne großen Ertrag. Andere Landespolitiker kommen spontan nicht vor, auch wenn viele ihre Namen wohl kennen würden, würde man ihn abfragen. Im Grunde aber sind sie nicht mehr als Namen. Differenzierteres Wissen über sie als Politiker ist kaum vorhanden. Sie spielen in der Politikwahrnehmung keine Rolle. Sie stehen für nichts Bestimmtes, deshalb stören sie niemanden, aber sie bleiben auch nicht in Erinnerung.

Im Vergleich zu Gruppendiskussionen, die wir Anfang der 90er Jahre in NRW durchführten, sind die Veränderungen frappierend. Damals lag der Wissensstand über Landespolitik höher und ihr kam mehr Bedeutung zu. Natürlich gab es auch damals schon Ärger und Frustration, aber immerhin noch über einen politischen Gegner, welcher auch immer. Es gab Themen auf vielen Ebenen der Politik, die heftig diskutiert wurden. Es konnte emotional werden. Namen von Politikern wurden genannt, Personen wurden diskutiert, Parteien angegriffen und verteidigt. An die Stelle dieses Klimas ist heute Desinteresse und innere Distanzierung getreten. Gesprochen wird fast immer über „die Politiker“. Jenseits der Parteigrenzen hat sich also offenbar in der Mitte eine übergeordnete Deutungsstruktur von Politik entwickelt, die für die Wahrnehmung und Einordnung des politischen Geschehens wichtiger als Parteigrenzen ist.

7. Die Landtagswahl 2010

Vor diesem Hintergrund der Politikwahrnehmung ist verständlich, dass die Landtagswahl im Dezember 2009 noch keine Rolle in den Köpfen spielte. Im Vorfeld war keine nennenswerte Wechselstimmung zu erkennen. Mit Ausnahme vor allem einiger Eltern, die sich über die Bildungspolitik speziell dieser Landesregierung beklagten, war man angesichts der allgemeinen politischen Umstände und Lage mit der Landesregierung weder besonders unzufrieden, noch besonders zufrieden. Sie hatte kein gutes Ansehen, sie weckte keine Sympathien, man lobte keine großen Leistungen, erwartete keine tollen Lösungen. Die Landesregierung hatte keine erkennbare Mission, der man gerne folgen wollte, kein Thema und keine Personen, die vom Stuhl reißen und die Wähler positiv entzünden. Wir hörten damals zwar von begeisterungslosen Vorlieben für einzelne Parteien (wählen wir schon immer, neigen eher zu diesem oder jenem Lager), vor allem aber von relativ großer parteipolitischer Indifferenz. Überzeugende Alternativen aber waren nicht in Sicht: Kein Aufbruch, keine großen Hoffnungen, keine überzeugenden Themen. Man konnte mit Verlusten der Landesregierung rechnen, bei den Grünen war Luft nach oben zu erkennen. Aber die großen Verluste der CDU deuteten sich in diesem Ausmaß noch nicht an.

Sechs Monate später, unmittelbar nach der Landtagswahl, führten wir am 11. und 12. Mai die 4 Gruppendiskussionen der zweiten Welle durch. Die Situation, die wir vorfanden, war nach der Wahl natürlich anders, gleichzeitig aber auch sehr ähnlich wie im Dezember. An den grundlegenden Einschätzungen und der Wahrnehmung von Politik und Parteien hatte sich nichts bewegt. Der Wahlkampf, der doch eigentlich mobilisieren, die bedeutenden Unterschiede der Parteien klarer herausarbeiten und im Ergebnis zu einem neuen Aufbruch führen könnte – unter welcher Regierung auch immer – hat die frustrierten und mit Blick auf die Politik pessimistischen Einschätzungen nicht geändert.

Aber zwischen Dezember 2009 und Mai 2010 liegen 6 Monate voller Skandale und schlechter Nachrichten über die CDU in NRW. Die Partei, die man vorher noch indifferent und mit Distanz betrachtete, erwies sich nun als jemand, mit dem man als Wechselwähler von 2005 nicht in einem Boot sitzen will und dem man deshalb lieber den Rücken kehrt. Begleitet wurde diese Zeit von einem verheerenden Ansehensverlust der gerade erst gewählten schwarz-gelben Bundesregierung. Um die CDU in NRW nicht mehr zu wählen, bedurfte es folglich keiner glänzenden Opposition und vor allem nicht einer SPD, der man sich angesichts überzeugender Inhalte hoffnungsvoll zuwenden kann. Zum anderen zeigte die Landesregierung aus Sicht unserer Teilnehmer im Mai, dass sie zwar Ursache großen Unmuts war, aber selbst im Wahlkampf keine Lösungen für die zugrunde liegenden Probleme aufzeigen konnte. Diese Konstellation musste zu herben Verlusten führen.

Nach wie vor aber verbindet man auch mit den bisherigen Oppositionsparteien nicht die Hoffnung auf grundlegende Besserung. Das Ergebnis der Landtagswahl ist deshalb auch nach der Wahl nicht das Ergebnis einer Wechselstimmung hin zu einer hoffnungsvollen Alternative. Entsprechend hat die SPD auch noch einmal etwas an Stimmen verloren. Die Grünen dagegen haben davon profitiert, dass sie als Partei keine Skandale mitschleppen, derzeit integer und geradlinig wirken, spätestens seit Bestehen der Linkspartei als erfolgfähigem neuen Angebot den letzten Rest von Außenseitertum eingebüßt haben und durch das erweiterte Parteienspektrum fast automatisch vom Rand in die Mitte geschoben wurden. Sie eignen sich deshalb derzeit als hervorragende taktische Wahlalternative. Als Regierungspartei aber sind sie von der SPD abhängig, deren Zustand und Leistungsfähigkeit in den Augen der Bürger sich erst erweisen muss. Sie wird von Anfang an unter Bewährungsdruck stehen und sich nicht auf eine Aufbruchstimmung im Lande stützen können.

Wählen gehen

Die Diskussionen über das Wahlverhalten zeigten wie in der Vorgängerstudie 2008 auch in der Mitte sehr eindrucksvoll, wie es um die Aussagekraft von Parteipräferenzen in Meinungsumfragen immer häufiger bestellt ist.

Das Spektrum der Wahlmotive und Wahlkalküle war sehr breit. Die meisten haben gewählt, aber aus den unterschiedlichsten Gründen. Ärger über die Landesregierung, weil Wählen irgendwie Bürgerpflicht ist oder zumindest eine gewohnte Möglichkeit, sich zu beteiligen und als Staatsbürger zu fühlen. Andere wählen, weil es eine gute Gewohnheit ist, weil sie bewusst einen Beitrag zur Machtbalance leisten („ich wähle immer gegen die Regierung“) oder extreme Parteien verhindern wollen. Auch die Wahlenthaltung wird als Verhaltensschablone immer normaler. Die Wahlentscheidungen fallen selten aus tiefer Bindung an eine Partei, oft aber aus blanker Gewohnheit. Andere orientieren sich nur an ungefähren Lagern. Wieder andere haben sich noch am Tag vor der Wahl nicht entschieden. Insgesamt jedoch war die Diskussion über Wahlmotive sehr verhalten. Mit einem zugespitzten politischen Klima vor der Wahl, in dem es um Inhalte, durchdrungene Sachthemen, heftig diskutierte Alternativen, Richtungsentscheidungen, kompetentere Mannschaften oder wenigstens klar empfundene Sympathien und Vertrauen zu Parteien oder Politikern ginge, spricht das nicht. Entsprechend gering war am Ende die Mobilisierung und Wahlbeteiligung.

8. Politikwahrnehmung in der Mittelschicht: Fazit und Ausblick

In den Ergebnissen dieser Studie finden sich einige Gemeinsamkeiten mit der Vorgängerstudie über die Politikwahrnehmung im unteren Drittel der Gesellschaft (wie z.B. die völlig desillusionierte Sicht auf die Politik), aber auch viel Trennendes. Spürbar geringer ist in der Mittelschicht der Druck auf die Lebensverhältnisse. Die Einkommen sind besser, die Jobs qualifizierter und sicherer, die finanziellen Polster dicker und die Bildung höher. Man weiß und versteht mehr vom Zeitgeschehen und der Politik, über das, was in Deutschland und der Welt vor sich geht und die Hintergründe. Man steht einigermaßen gut im Leben da und hat entsprechend mehr Selbstvertrauen und Zuversicht, das Leben und die Zukunft bewältigen zu können.

Ein zentraler Unterschied und eine Ursache für diese Differenzen ist das Gefühl größerer Autonomie. Die Mitte fühlt sich den Verhältnissen viel weniger ausgeliefert, sieht sich eher als ihres Glückes Schmied und von der Politik weniger abhängig. Notfalls, so wird immer wieder signalisiert, kann man sich auf sich selbst verlassen und sein Leben meistern. So hat man das schon immer gesehen und sehen wollen und bleibt auch heute dabei, obwohl die Sicherheit, mit der diese Attitüde vorgetragen wird, angesichts der Veränderungen in Deutschland und der Welt deutliche Verunsicherungen erkennen lässt.

Kühle Distanzierung von der politischen Klasse

Die Folge ist eine andere Beziehung und Grundhaltung zur Politik. In der Unterschicht entladen sich Enttäuschung und Frustration zunächst in Zorn und Wut auf die Politik, um dann in Abwendung zu enden. In der Mittelschicht fällt das Ganze wesentlich weniger emotional aus. Zwar artikuliert man auch in der Mittelschicht massive Enttäuschung und Frustration über die Politik, aber sie fällt moderater aus und endet nicht wie in der Unterschicht in Zorn, Verzweiflung oder Apathie. Stattdessen bevorzugt man kühle Distanzierung und desinteressiertes Schulterzucken. Man lässt die Politik gewissermaßen links liegen, um sich wichtigeren Dingen zuzuwenden.

Auch das in der letzten Studie so markante „Kommunikationsdesaster“ zwischen Politik und Unterschicht schlägt in der Mittelschicht weniger zu Buche. Zwar geht auch an der Mittelschicht vieles vorbei. Themen und Hintergründe werden oft nicht wirklich durchdrungen. Die Komplexität vieler Zusammenhänge überfordern sie. Das expertokratische Reden über Politik schafft mehr Verwirrung als Erleuchtung. Aber die Mitte hat eher das Gefühl, diesem Diskurs nicht hilflos und verwirrt gegenüberstehen zu müssen. Man decodiert das Gerede auf seine Weise, informiert sich eher über Dinge, die einen interessieren oder die offensichtlich wichtig sind und macht sich dann sein eigenes Bild, ohne am medialen Politzirkus völlig zu verzweifeln. Gewiss, man liebt ihn

nicht. Die Selbstinszenierung der Politik, ihre markigen Reden und aufgeführten Streitereien findet man oft merkwürdig, affig oder kontraproduktiv. An die meisten Versprechungen glaubt man nicht mehr. Aber trotz allem wendet man zu guter Letzt seinen gesunden Menschenverstand an und bildet sich zu einigem seine Meinung.

Vorläufig betrachtet man die Politik also kritisch, aber nicht von einem anderen Planeten aus. Zwar gibt es keinen Good Will mehr, aber es hagelt auch nicht totale Verdammnis und ständige Empörung. Eher betrachtet und behandelt man die Politik wie einen entfernten Bekannten, von dem man sich nicht lossagen kann, von dem man einst auch mehr erwartet hatte. Heute erwartet man sich nicht mehr viel, man hat dazugelernt. Immer mal wieder ärgert man sich über seine Kapriolen und weiß, dass er potenziell auch Schlimmes anrichten könnte. Darauf muss man achten, aber ansonsten fühlt man sich für ihn nicht zuständig. Zum Glück wohnt er noch immer weit genug weg, so dass man ihn nicht direkt fürchten muss.

Die Politik kann es nicht

Kurz: Die Politik hat in der Mitte ihren Nimbus als Gestalter verloren. Weder gestaltet sie das Zeitgeschehen, noch steuert sie den Kurs der Gesellschaft. Sie ist weder Herr im Haus noch der kompetente und beschlagene Führer, der das Unternehmen souverän durch schwere Zeiten steuert. Zu mehr als zum Verwalter mit beschränkten Möglichkeiten bringt sie es nicht mehr. Andere – namentlich die Wirtschaft – haben ihr längst den Schneid abgekauft. Mit ihrer Ideenlosigkeit hat sie ein Übriges getan. Denn die Alternativen, die sie in Form von Parteien und Personen bietet, machen derzeit keinen großen Unterschied. Folglich wählt man das kleinere Übel statt die überzeugende Lösung. Kurz gesagt: So wie sie heute ist, kommt es auf sie wohl nicht besonders an.

Diese Sichtweise der Politik hat mit Politikverdrossenheit wenig zu tun. Sie ist auch nicht unpolitisch oder apolitisch. Auch die Mittelschicht ist nach wie vor sehr interessiert am Gemeinwesen, sieht viele und drängende Probleme, wünscht sich politische Führung, die den Weg weist, Lösungen findet und dem großen Anpassungs- und Veränderungsbedarf gerecht wird, vor dem Deutschland ebenso wie das Land NRW und die Kommunen stehen. Aber die Politik gilt nicht mehr als die Instanz, die diesem Erwartungshorizont gerecht werden kann. Übrig bleibt deshalb eine große Lücke. Die Bürger aus dem unteren Drittel der Gesellschaft wissen nicht wie sie diese Lücke füllen sollen, sind verzweifelt und befürchten, dass sie der Abgrund ist, in den sie fallen werden. Die Mittelschicht dagegen hofft, dass die Lücke nicht zu groß wird und sie in der Lage ist, die Brücke darüber selbst zu schlagen. Im Hinterkopf allerdings nagt der Zweifel.

Die Praxis der Parteien wirkt anachronistisch

Ganz deutlich erkennbar ist die große Desillusionierung der Mitte, was das bestehende System der Parteien anbelangt. Immer mehr Mitte-Bürger haben keine politische „Heimat“ mehr. Parteien werden viel distanzierter betrachtet als früher. Wo sie früher für gesellschaftliche und politische Leitideen (oder Ideologien) standen, repräsentieren sie heute nur noch Organisationen mit vagen politischen Images. Das ist einerseits gut, weil es Flexibilität signalisiert. Wer will schon ideologisierte Parteien, die auf Prinzipien herumreiten. Andererseits geht damit ihre Fähigkeit verloren, die unterschiedlichen Seiten politischer Themen für die Bürger so herauszuarbeiten und auf ihren Punkt zu bringen, das sie für sie entscheidbar werden. Stattdessen warten sie aus Sicht der Mitte ab, hängen ihr Fähnlein in den Wind, machen in taktischem und strategischem Opportunismus. Die Parteien haben so ihre Funktion eingebüßt, im uferlosen Meer des Politischen grundlegende Orientierungspunkte zu schaffen. Sie sind zudem keine Lösungsinformatoren mehr, ihre Führer und Politiker wirken ratlos und konzeptlos.

Allerdings ist es für die Parteien – egal wer sie gerade führt – kaum mehr möglich, einfach wieder an ihre alte Existenz als polarisierende Repräsentanten gesellschaftlicher Strömungen anzuknüpfen. Die Diskussionen über den Zustand von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zeigten vielmehr sehr deutlich, dass die entscheidenden Brüche und Spannungsfelder nicht mehr entlang der alten politischen Trennlinien verlaufen. Die Ideologien und Grundüberzeugungen hinter den Parteien sind irgendwann vom Wandel überholt worden. Sie wirken deshalb auf die Mitte anachronistisch, am Thema vorbei, als leere Schablonen ohne praktische Bedeutung. Statt sie vor einem gelangweilten oder genervten Publikum immer wieder zu inszenieren, ginge es eigentlich darum, diese Anachronismen endlich zu überwinden und entlang anderer Linien zu denken und zu arbeiten.

Andere Politik braucht das Land

Statt politischer Ideologien soll es dabei um grundlegende Werte gehen, auf die man sich doch verständigen könne. Man solle nach den Gemeinsamkeiten suchen, statt immer das Trennende hervorzukramen. Man solle Aufgaben lösungswillig angehen, statt sie der Logik des Machtkampfes zu opfern. Man will Regierungspolitiker, „die was hinbekommen“, statt nur ihre Macht wahren zu wollen. Man will Oppositionspolitiker, die gestalten wollen und konstruktiv opponieren, statt nur zu blockieren und die Regierung auflaufen zu lassen. Sie will Politiker, die den Bürgern reinen Wein einschenken und sie dadurch erkennbar ernst nehmen.

Mit Parteien hat das nur noch begrenzt zu tun. Das erfahren die Bürger der Mitte zum Beispiel, wenn sie, wie vor der Wahl, den Wahl-Test mit dem Wahl-o-Mat machen. Hier stellt man fest, was man eigentlich schon ahnte: Dass man Gedankengut mehrerer Parteien teilt, dass man vieles aber auch nicht teilt und dass man laut Programmatik eigentlich mehrere Parteien wählen könnte (oder müsste). Diese Erkenntnis relativiert die scheinbaren Antagonismen der Parteien stark. So bleibt die Frage, warum die Politiker immer wieder dieselben konfrontativen politischen Stücke auf der Medienbühne aufführen, statt sich zusammen zu setzen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Es sind wohl politikfremde Ursachen sein, die die Zusammenarbeit verhindern. Denn dass sie so wenig möglich ist, wo die Parteien und ihre Repräsentanten doch längst ihre scharfen ideologischen Konturen verloren haben, ist ihnen Beleg dafür, dass es nicht der Sache geschuldet sein kann. Stattdessen müssen es wohl Ehrgeiz, Geld, Interessen, Machterhalt und Machtgewinn um jeden Preis sein, die dafür verantwortlich sind.

Es gibt wenig Hoffnung, dass sich daran etwas ändert. Dass der Impuls für eine gravierende Änderung der politischen Trampelpfade aus den Parteien selbst kommt, hält man für sehr unwahrscheinlich. Das von innen oder außen neue Politikertypen die Möglichkeit hätten, die Dinge anders zu betreiben, scheint kaum vorstellbar. Denn die Politik erscheint der Mitte wie ein schwarzes Loch, das alle aufsaugt, die ihr zu nahe kommen.

Die Mitte schafft immer mehr Druck, der die Parteien verändert

Hinzu kommt, dass man der Politik inzwischen auch die Lösungen nicht mehr zutraut. Alles zusammen zeigt jeden Tag, dass sich eigentlich etwas ändern muss. Nur weiß die Mitte nicht so genau, wie das gehen könnte. Das führt zu einer für die Mitte fast widersinnigen Situation. Sie sind eigentlich überhaupt nicht experimentierfreudig, aber sie verfolgen derzeit aus Frustration über die politische Praxis einen Kurs, der zu Experimenten mit unsicherem Ausgang führen könnte. Ihre Parteibindungen erodieren immer weiter; schleichend zwar, aber deutlich spürbar. Ihr Wahlverhalten wird immer flexibler, ohne dass es beliebig wäre. Die Stimme wird immer öfter situativ eingesetzt und folgt dann Entscheidungsparametern, die derzeit gerade im Vordergrund stehen: weil bestimmte Interessen momentan wichtig sind, andere Spitzenkandidaten den kleinen Unterschied machen, weil man taktisch denkt, weil man Parteien triezen will. Schleichend lösen sich so die Lagerorientierungen auf, entsteht das Potenzial für kleine und große Erdbeben in der politischen Landschaft. Die Volatilität der politischen Kräfteverhältnisse nimmt entsprechend weiter zu. Wo feste Bindungen sich lockern, kommt Bewegung auf. Das wird zu einem weiteren Bedeutungsverlust der Volksparteien führen und alle Parteien dazu zwingen, sich zu bewegen, wohin auch immer.

Scheinbar paradoxe Forderungen warten auf neue Antworten

Fast hat man den Eindruck, dass die Mitte genau das unbewusst will. Offenbar steckt sie mitten in einer paradoxen inneren Spaltung, aus der heraus sich die Dynamik ihres politischen Handelns und Bewertens entwickelt.

- Sie will Veränderungen an vielen Stellen der praktischen Politik, auch wenn sie laut darüber lamentiert.
- Sie will endlich Bewegung im politischen Geschehen, auch wenn sie vor ihr Angst hat.
- Sie will ein Ende der gegenseitigen Blockaden im System der Checks and Balances, das vor lauter Checks die Balance nicht mehr zu finden scheint, auch wenn sie immer wieder selbst mit blockieren wird.
- Sie will einen ganz anderen politischen Stil, selbst wenn sie dann wütend darauf reagieren sollte.
- Sie will Politiker, die endlich vom immer gleichen Theater der politischen Inszenierungen ablassen, die Klartext reden, die die Wahrheit sagen, die selbstkritisch sein können. Aber viele von ihnen wird man gerade wegen dieser Klarheit nicht wählen.
- Sie will Politik über die Parteigrenzen hinweg, die ihrer Meinung nach längst nicht mehr die Auseinandersetzungslinien der Gesellschaft repräsentieren, selbst wenn sie sie nicht immer belohnen wird.
- Sie will klare Alternativen, und sei es, damit sie sie verwerfen kann.
- Sie will Politiker, die eine klare Position beziehen, dafür kämpfen und sich deshalb notfalls auch gegen ihre Partei stellen. Aber sie wird dennoch die Uneinigkeit und das zerrissene Bild beklagen, dass ihre Partei dann abgibt.
- Sie weiß, dass es vermutlich keine dauerhaften Lösungen mehr gibt, dass sich Entscheidungen als falsch herausstellen können (und werden), aber sie will dennoch, dass gehandelt wird.
- Obwohl sie weiß, dass solches Irren menschlich ist, wird sie die Verantwortlichen später abstrafen wollen.

Kurz: Die Mitte operiert bereits mit einem intuitiv-skeptischen Politikkonzept, dass einer Zeit in starkem Wandel (mit unbekanntem Ziel) ebenso geschuldet ist wie der Erfahrung, dass die derzeitige politische Praxis die Probleme nicht löst. Sie zieht daraus den Schluss, dass die politische Praxis neue Wege finden muss, die nicht mehr den klassischen, seit Jahrzehnten erprobten und eingefahrenen Spurrillen der Parteidemokratie folgen sollte. Sie kann also das erkannte Defizit benennen und erklären, was nicht funktioniert. Aber sie weiß nicht zu erklären, welche Politik und politische Praxis das sein könnte.

Reset: Der Wunsch nach einer Stunde Null

Typisch für diese Befindlichkeit sind die immer wieder auftretenden Vorstellungen von grundlegenden Veränderungen.

- So hörten wir oft die Forderung, dass es endlich andere Politiker geben muss, die es auch ganz anders machen. Das „anders“ wird gefüllt mit Wertkategorien (ehrlich, offen, klar, erkennbar, mutig, verantwortungsbewusst, gerechter, etc.), aber nie mit genauen Vorstellungen über die Lösungen, die sie zu bieten haben sollten.
- Zusätzlich tauchte das Motiv auf, dass man den Betrieb eigentlich einmal ganz „runterfahren“ müsse, um neu starten zu können. Eine Stunde Null als Chance für den Neuanfang. Dahinter steckt die Wahrnehmung, dass die Politik im Kreis läuft, sich wie eine defekte Software „aufgehängt“ hat, immer dieselben untauglichen Routinen wiederholt und dabei mit ungeheurem Aufwand erschreckend wenig Lösungen schafft. Inkrementelle Verbesserungen scheinen als Lösungsaussicht zu wenig. Es muss mehr passieren und sich Grundlegendes ändern.
- Das betrifft die gesamte Parteienlandschaft. Wir trafen tatsächlich niemand, der oder die der Meinung war, dass eine der Parteien das könne – sich aus diesem Loop der politischen Praxis zu befreien und damit vielleicht auch den Loop zu beenden. Das gilt, obwohl man durchaus mehr Sympathien für die eine oder die andere hat, grundsätzlich eher einem Lager zuneigt, im Moment eine Partei besondere Zuwächse erzielen kann. Es war in höchstem Maße ernüchternd, wie wenig Aufbruch, Hoffnung auf richtige Lösungen und explizite Wünsche auf bestimmte Koalitionen sich in den Gruppen zeigten. Es war mit Händen zu greifen: Die Teilnehmer der Gruppen waren letztlich distanzierte Beobachter, Abwartende, Nichts-Erwarter, die sich vom Symptom aus ihrer Sicht naiver Hoffnungen längst selbst befreit hatten.

- Entsprechend kommt ihr der Wahlkampf wie Theater vor. Die Slogans wirken inhaltsleer, reklamig, zuweilen aber auch wie unfreiwillige Selbstironie („Wir haben die Kraft“). Man fühlt sich von dieser seit Jahrzehnten immer gleichen Art des Wahlkampfes abgestoßen, abgestumpft, unterfordert, für dumm verkauft. Die Entschlossenheits-Inszenierungen und Leistungsversprechen, die bis in die 90er Jahre noch funktionierten, wirken heute auf viele hohl, aufgesetzt oder gar lächerlich. Während sich die Spitzenkandidaten als Führungspersönlichkeiten, Macher und Zukunftsbewältiger in Szene setzen, wissen die Menschen der Mitte doch sehr gut, wie ohnmächtig sie in Wirklichkeit sind: Die Kassen sind knapp, die Probleme groß, ihre Lösungsangebote bescheiden und ihr Interesse am Machterhalt stärker als ihre Überzeugungen. Und natürlich: Die Wolfsrudel der Lobby Interessen sind schon in Stellung,

Quadratur des Kreises?

Für Politiker mag all dies auf den ersten Blick aussehen wie die Forderung nach der Quadratur des Kreises. Ein typisches Beispiel dafür ist die Bildungspolitik. Viele in der Mitte äußern den dringenden Wunsch, den Bildungsföderalismus einzuschränken. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass die Mitte keinesfalls möchte, dass nun der Bund die Bildungspolitik zentral steuert oder gar administriert. Sie ist es einfach satt, an den Landesgrenzen vor die Wand der unterschiedlichen Schulsysteme zu stoßen. Sie schreibt dieses Problem dem föderalen System zu und will es deshalb abschaffen. Gleichzeitig aber will sie ohne Zweifel, dass ihre Verhältnisse und Interessen vor Ort respektiert und berücksichtigt werden, dass Schule also lokal ist.

Ein anderes Beispiel: Auf der einen Seite fordert man die Hinwendung zu Ganztagschulen, auf der anderen Seite gibt es aber auch viele Vorbehalte, weil die Kinder dann nur noch in der Schule seien. Es werden auch viele Stimmen laut, die das dreigliedrige Schulsystem angreifen, während man andererseits erkennbar keine Gleichmacherei will und vermutlich auch auf die Barrikaden gehen würden, wenn „ihr“ Gymnasium in Richtung Gesamtschule umgemodelt würde. So multipliziert sich Unmut und Ärger.

Für Politiker mag dieses Anforderungsprofil paradox wirken, für die Bürger aber ist es völlig normal und stimmig. Tatsächlich spiegelt sich in diesen Diskussionen in sehr lebendiger und offensichtlicher Form, wie die Gemengelagen des Alltags, der Gesellschaft, der Ökonomie und all der anderen wichtigen Lebensbereiche in den letzten 20 Jahren vielfältiger und komplexer geworden sind.

Die Politik hat darauf bisher offensichtlich keine befriedigenden Antworten gefunden. Das wirft man ihr vor. Das will man geändert sehen. Dafür will man endlich Bewegung

schaffen. Die Mitte kann die Lösungen selbst nur partiell und keineswegs widerspruchsfrei denken und aussprechen. Dafür sehen sie immer schon die Politiker in der Pflicht, die sich dafür ja wählen und bezahlen lassen. Allerdings bekommen sie die Ergebnisse nicht, die sie haben wollen. Sie sind nicht mehr dazu bereit, das hinzunehmen und als gegeben zu akzeptieren.

Die Mitte will Wandel. Die Parteien werden darunter zu leiden haben

Sie haben verstanden, dass Stillstand nicht weiterhilft und dass sich die politische Praxis, so wie sie ist, verändern muss. Mit Revolten und Umsturz hat das alles nichts zu tun. Es geht auch nicht um Systemverdruss oder grundsätzliche Zweifel an der Demokratie. Es geht stattdessen darum, dass die politische Praxis der politischen Klasse in ihren Augen in einer tiefen Krise steckt. Aber trotz Frustration, ihrer individuellen Hilflosigkeit und Ohnmacht und obwohl sie die Lösungen nicht kennen, die sie fordern, werden sie weiter mitspielen. Sie werden sich ihre Meinungen bilden, sie werden sich entscheiden, sie werden wählen gehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Interessen engagieren.

Dennoch werden sich die Dinge Schritt für Schritt weiter entwickeln. Denn keine Partei kann mehr fest auf sie zählen. Die Mitte gehört niemandem mehr, schon gar nicht den Volksparteien. Die Mitte ist ohnehin sehr heterogen. Es eint sie vor allem der Missmut und die Forderung nach Veränderung der politischen Praxis. Die Politik wird darauf Antworten finden müssen. Denn man wird es ihr nicht verzeihen, wenn sie sie nicht findet. Sonst wird sie weiter Wahlsieger kurz darauf fallen lassen, Regierungswechsel herbeiführen, selbst wenn sie sich nichts davon versprechen, Karrieren zerstören und ihr Missfallen unmissverständlich artikulieren, ohne dass sie mit dem Wählerfinger auf Lösungen zeigt, die die Politik ihr hinhält. Egal welche Parteien regieren und egal, was sie gestern noch entschieden hat.

Was daraus wird? Das Ergebnis ist nicht abzusehen. Denn ihr Verhalten wird auch davon abhängen, was Ihnen die Politik anbietet. Die Mitte gestaltet nicht, sie retourniert.

©Copyright by Q | Agentur für Forschung GmbH, Mannheim

Das vorliegende Werk ist urheberrechtlich geschützt. Kein Teil davon darf ohne schriftliche Einwilligung der Q | Agentur für Forschung GmbH in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht zum Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Zitate und Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung und Quellenhinweisen gestattet.